

Eltern fordern Schulverbot für Google

Datenschutz Immer mehr Berner Schulen setzen im Unterricht auf Google. Bei Eltern stösst dies auf Kritik. Doch statt für Verbote plädieren Experten für einen bewussten Umgang.

Der Bund, 10.8.2019

Andres Marti

Im Berner Jura proben Eltern gerade den Aufstand gegen den Internetgiganten Google. In einem Brief an die Berner Erziehungsdirektion, der dem «Bund» vorliegt, fordern sie vom Kanton eine öffentliche Stellungnahme gegen die Nutzung von Google-Produkten im Schulunterricht. Die Verwendung von Google-Chromebooks und Google-Konten kritisieren die Eltern als «extrem problematisch». Damit werde es Google ermöglicht, die privaten Daten ihrer Kinder zu sammeln und auszuwerten. Die Eltern fürchten, dass Google über die Fähigkeiten ihrer Kinder und ihre Interessen bald besser Bescheid weiss als sie selbst. Der Kanton müsse jetzt handeln, fordern sie.

Der Widerstand der Eltern aus dem Jura gegen Google steht exemplarisch für ein wachsendes Unbehagen gegenüber dem Einzug des mächtigen Techunternehmens in die Schweizer Klassenzimmer. In einem Artikel der Onlinezeitung «Republik» wurde gar die Frage aufgeworfen, ob da die Schweiz die «Totalüberwachung» noch stoppen könne.

Die Schulen stürzt das in ein Dilemma: Sie müssen die Kinder fitmachen für die Digitalisierung und gleichzeitig verhindern, dass die Daten der Schüler von mächtigen Techfirmen gesammelt und ausgewertet werden – ein fast unmögliches Unterfangen. Denn im digitalen Klassenzimmer sind die Notebooks und Tablets für die Schülerinnen und Schüler normale Arbeitsgeräte: Sie schreiben Aufsätze in Textverarbeitungsprogrammen, lernen Französisch mit der «Milles feuilles»-App oder recherchieren für ein Referat auf Wikipedia. Und wie im echten Leben hinterlassen sie dabei eine Datenspur. Nutzen sie dabei noch einen Google-Account und Googles Lernplattform Classroom, läuten bei vielen die Alarmglocken.

Überforderte Datenschützer?

«Natürlich sehe ich es kritisch, wenn immer mehr Schulen auf Google-Produkte setzen», sagt Erwin Sommer, Vorsteher des bernischen Amtes für Kindergarten, Volksschule und Beratung. Dass Private über den Wissensstand der Schüler Bescheid wüssten, gelte es zu verhindern. Vorschriften zur Nutzung von im Unterricht angewandter Software kann der Kanton Bern jedoch nur für die Sekundarstufe II erlassen. Für die Volksschule sind die Gemeinden zuständig, beziehungsweise die kommunalen Datenschutzbeauftragten. Ob diese der wachsenden Verantwortung immer auch gewachsen seien, sei eine berechtigte Frage, so Sommer.

Erschwerend kommt hinzu: Die heutigen Datenschutzgesetze hinken der Digitalisierung hinterher und sind oft vage formuliert. Mit der Pädagogischen Hochschule (PH) zusammen hat die Erziehungsdirektion deshalb ein Datenampelsystem entwickelt, an dem sich Lehrer und Schulen orientieren können. «Halten sich die Schulen an diese Empfehlungen, halte ich die Verwendung von Google-Produkten im Schulunterricht für vertretbar», sagt Sommer.

Noch dominiert Microsoft

Wie viele Schulen mittlerweile im Kanton Bern auf Google-Produkte setzen, weiss niemand genau. Kurt Reber, Leiter der Schul informatik an der Pädagogischen Hochschule in Bern, schätzt ihre Zahl auf rund 40. Tendenz steigend. Anders in den USA, wo bereits mehr als die Hälfte aller Primar- und Sekundarschulen Kunden von Google sind.

In der Schweiz verwenden die meisten Schulen nach wie vor Microsoft Office. Doch im Gegensatz zu den Apps von



Bezahlt wird mit den Daten: Nicht alle freut der Einsatz von Google im Klassenzimmer. Foto: Franziska Rothenbühler (Archiv)

«Natürlich sehe ich es kritisch, wenn immer mehr Schulen auf Google-Produkte setzen.»

Erwin Sommer
Vorsteher des bernischen Amtes für Kindergarten, Volksschule und Beratung

Google müssen die Gemeinden für die Microsoft-Programme jährlich Lizenzgebühren bezahlen. Für Gemeinden mit kleinem Budget ist Google deshalb besonders attraktiv: «Für uns war das die einzige finanzierbare Lösung, die zu hundert Prozent zuverlässig funktioniert», sagt Samuel Jäggi, Lehrer und Informatikspezialist an der Schule Konolfingen.

Auch bei den Geräten hat sich Konolfingen für Google entschieden. Die schlichten Chromebooks sind günstig und müssen kaum gewartet werden. Es sind reine «Cloud-Computer», das heisst, sie verfügen über nur wenig eigenen Speicher und sind stets mit der Datenwolke verbunden. Dort sind die Apps und Dokumente abgespeichert. Im Unterricht arbeiten die Schüler mit Googles G Suite for Education. Damit können sie auf Google-Dienste zugreifen wie G-Mail, Google Docs oder Google Classroom. Hausaufgaben können digital zugeteilt und gelöst werden. Im Unterschied zum normalen Google-Account ist die Schulversion von G Suite allerdings werbefrei, spricht nicht personalisiert. Ein Verspre-

chen, das Google laut Jäggi bislang eingehalten hat. Jäggi sagt, dass Prüfungen und Tests nicht auf G Suite durchgeführt würden; heikle Daten wie Zeugnisse und Beurteilungen speichert die Schule auf einem speziell gesicherten Server.

Trotzdem kann Jäggi nicht ausschliessen, dass Google im Unterricht Schülerdaten auswertet. Er plädiert jedoch für einen pragmatischen Umgang: «Die Realität ist, dass Konzerne wie Google oder Microsoft über eine enorme Macht verfügen.» Umso wichtiger sei es, die Kindern so früh wie möglich einen sicheren Umgang mit ihren Daten zu lehren. Ab einem bestimmten Alter seien die Kinder sowieso auf Youtube, Snapchat oder Instagram und kommunizieren über Whatsapp. «Die Schule kann sich dieser Entwicklung nicht verschliessen und verbieten schon gar nicht», sagt Jäggi.

Verhandeln mit Google

Dieser Meinung ist auch Kurt Reber von der PH Bern. «Für mich ist diejenige Schule am vorbildlichsten, die Kinder und Eltern am besten für das Thema Datenschutz sensibilisiert», sagt er. Die Schulen sähen sich heute mit der unangenehmen Situation konfrontiert, dass sie den sicheren Umgang mit dem Internet lehren sollten, die aktuelle Rechtslage die Nutzung wichtiger Dienste aber erschwere.

Abhilfe schaffen könnte ein Rahmenvertrag, wie ihn die Fachagentur für ICT und Bildung, Educa.ch, bereits 2013 mit Microsoft unterzeichnet hat. Der 650 Seiten umfassende Vertrag verbietet es Microsoft, personalisierte Schülerdaten zu sammeln. Einen solchen Rahmenvertrag möchte Educa.ch laut «Republik» nun auch mit Google abschliessen, seit Monaten werde verhandelt. Doch auch ein Rahmenvertrag ändert letztlich wenig an der grundsätzlichen Ab-

«Die Schule kann sich dieser Entwicklung nicht verschliessen und sie verbieten schon gar nicht.»

Samuel Jäggi
Lehrer an der Schule Konolfingen

hängigkeit der Schulen von Microsoft und Google.

Einen anderen Weg hat die Stadt Bern eingeschlagen. Als einzige Stadt der Schweiz setzt sie komplett auf Open-Source-Lernprogramme. Künftig sollen die Berner Schülerinnen und Schüler im Unterricht mit Programmen arbeiten, deren Quelltext – anders als bei Google und Microsoft – öffentlich und gratis genutzt werden kann. Alle Daten sollen zudem auf lokalen Servern gespeichert werden. Das ist eine grosse Herausforderung und nur möglich, weil die Stadt die Ressourcen dafür aufbringen kann. Die digitale Ausrüstung – darunter die Anschaffung von rund 7700 neuen Geräten – kostet die Stadt über 24 Millionen Franken. Ursprünglich hätte das Open-Source-Projekt bereits nach den Sommerferien starten sollen. Der Zeitplan war jedoch zu ehrgeizig und wurde auf den Herbst verschoben. Denn für viele Lehrer ist die Umstellung auf die neuen Programme und Geräte eine Herausforderung. Sollte sie gelingen, könnte der Berner Weg aber schon bald Schule machen.

Welche Schülerdaten sind heikel?

Cloud-Computing wird heute immer wichtiger und bedeutet: Daten und Programme werden nicht mehr auf dem persönlichen Gerät gespeichert, sondern auf Servern eines Rechenzentrums einer grossen Techfirma wie Google oder Microsoft. Das Problem: Die abgespeicherten Daten befinden sich oft an Standorten, an denen andere Datenschutzbestimmungen als in der Schweiz gelten, etwa in den USA oder Irland. Doch längst nicht alle Daten, die im Schulunterricht anfallen, sind heikel. Um Lehrer und Schulen eine Orientierung zu bieten, hat die PH Bern zusammen mit der Erziehungsdirektion ein Ampelsystem entwickelt:

Als **besonders schützenswerte Daten (rot)** gelten im Kanton Bern Zeugnisse, Noten, Klassenspiegel und Absenzen. Sie müssen zwingend intern abgelegt werden oder auf speziell verschlüsselten Clouds. Google- oder Microsoft-Clouds sind tabu. Dasselbe gilt für Fotos und Videos, auf denen die Schulkinder mit Namen aufgelistet werden. Wenn Schülerinnen in Aufsätzen über sensible Sachen wie etwa die Erkrankung der Lehrerin oder die Scheidung der Eltern berichten, gelten auch sie als besonders schützenswert. Für **private Personenangaben (gelb)** gelten weniger strenge Sicherheitsbestimmungen. Wohnort, Telefonnummern, E-Mail-Adressen dürften auf Clouds von Google, Microsoft und Dropbox gespeichert werden. Auch Fotos und Videos ohne genaue Personenbezeichnungen gehören in diese Kategorie, ebenfalls Aufsätze, in denen Personennamen vorkommen.

Weitgehend unbedenklich (grün) sind alle Daten, die nicht mit Personendaten verknüpft sind: etwa Fotos, auf denen keine Gesichter erkennbar sind, oder Aufsätze ohne Personenangaben. (ama)